

Eine Initiative im Rahmen
des Nationalen Programms
für nachhaltigen Konsum

KOMPETENZ
ZENTRUM
NACHHALTIGER
KONSUM

UNVERZICHTBAR: Nachhaltiger Konsum

Dialogforum zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

Dienstag, 24. November 2020, 11:00 – 16:00 | Online-Veranstaltung

Dokumentation | Kurzfassung

Inhaltsverzeichnis

Plenum	3
Themenforum 1 „Nachhaltiger bauen und wohnen“	6
Themenforum 2 „Bewusster essen“	6
Themenforum 3 “Zukunftsfähig mobil”	7
Themenforum 4 “Kleidung nachhaltiger nutzen”	8
Themenforum 5 “Nachhaltiger Konsum für alle und mit allen”	9

Plenum

Hintergrund

Die Bundesregierung überarbeitet ihr Nationales Programm für nachhaltigen Konsum. Aus diesem Anlass waren Akteure aus Verbänden, Initiativen, Wirtschaft und Wissenschaft am 24.11.2020 im Rahmen einer Online-Konferenz eingeladen, Bilanz zu ziehen und den Bundesministerien Anregungen zu geben, wie nachhaltiger Konsum noch wirksamer vorangetrieben werden kann. Insgesamt haben rund 200 Personen teilgenommen und ihre Vorschläge eingebracht. In Kürze beginnt die Ressortabstimmung zur Weiterentwicklung des Programms. Die Verabschiedung des überarbeiteten Programms erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2021 durch den Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung.

Programm

Gespräch mit den Staatssekretär*innen der federführenden Ressorts des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum:

- Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
- Uwe Feiler, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
- Prof. Dr. Christian Kastrop, Staatssekretär des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Grußbotschaft von Prof. Dr. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA)

Paneldiskussion mit Ressortvertreter*innen: „Konsum im Wandel – Stand und aktuelle Entwicklungen zum Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum“, mit:

- Dr. Ulf Jaeckel, BMU
- Tanja Minderhann, BMEL
- Dr. Thomas Weber, BMJV
- Leo Schulz, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Empfehlungen der Teilnehmenden zur Förderung nachhaltigen Konsums / zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum (aus dem Chat im Plenum)

- Evidenzbasierte Verbraucher*innenpolitik anstelle der Orientierung am (überholten) Leitbild des mündigen Verbrauchers/der mündigen Verbraucherin; Orientierung an einem realistischen Verbraucher*innen-Leitbild
- Politik sollte den Fokus auf die großen Fragen legen (z.B. Ausgestaltung der GAP) statt auf die Verantwortung des Einzelnen im Alltagshandeln zu verweisen; nicht nachhaltiges Konsumverhalten nicht ausschließlich als individuelles, sondern als strukturelles, systemisches Problem betrachten, das entsprechender politischer Rahmensetzungen bedarf
- Einführung eines Lieferkettengesetzes mit Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialkriterien
- Einführung einer Zuckersteuer für Getränke (vgl. Großbritannien); Leitungswasser als gesunden und umweltfreundlichen Ersatz für zuckerhaltige Getränke stärker propagieren
- Kennzeichnung von Produkten aus ökologischer Landwirtschaft reicht nicht; Lebensmittel (insbesondere aus konventioneller Herstellung) sollten Informationen zu den ausgelagerten Kosten enthalten; und im nächsten Schritt entsprechend bepreist werden; mehr Transparenz bez. negativer Umweltwirkung von Produkten, z.B. torfhaltige Pflanzenerde mit deutlichem Hinweis auf die Klimawirkung versehen
- Nachhaltige Produkte sollten zum Standard werden bzw. die Standards sollten dahingehend angehoben werden, dass alle auf dem Markt erhältlichen Produkte nachhaltig sind (vgl. Sustainable Products Initiative der EU)
- Besteuerung nach den Prinzipien der Gemeinwohlökonomie: Produkte und Dienstleistungen sollten nach ihrem Fußabdruck bezogen auf das Gemeinwohl besteuert werden
- Einrichtung von Bürger*innenräten für mehr Partizipation bei Politik für nachhaltigen Konsum
- Förderung von Bahncards und Fahrrädern, Ausbau der Fahrradverkehrsinfrastruktur, (stärkere) Sanktionierung von Parken auf Radwegen
- Bei der Kommunikation zu nachhaltigem Konsum migrantische Communities stärker mitdenken und diese zielgruppengerecht adressieren
- Einführung des Schulfaches „Alltagskultur, Ernährung und Soziales (AES)“ in allen Bundesländern
- Anpassung der Verpackungsgesetze/ -richtlinien; Produkte aus ökologischem Landbau sollten nicht extra eingepackt sein (wie es insbesondere bei Discountern oft der Fall ist)
- Angebot von nachhaltigen Produkten/Lebensmitteln in Schulen verbessern bzw. nicht nachhaltige Produkte vermeiden; z.B. bei Getränkeautomaten, Gemeinschaftsverpflegung, Cafeteria

Themenforum 1 „Nachhaltiger bauen und wohnen“

Empfehlungen der Teilnehmenden zur Förderung nachhaltigen Konsums / zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

- Graue Energie und Baustoffe: Graue Energie im Gebäudebereich als Hebel stärker berücksichtigen und neben Betriebsphase von Gebäuden stärkeren Fokus auf Auswahl von Baustoffen für energetische Sanierung oder energieeffizienten Neubau legen
- Integrierte Ausgestaltung von Förder- und Beratungsprogrammen
 - Instrumente der Städtebauförderung, Stadtentwicklung und energetischen Stadtsanierung stärker verzahnen, integrativer gestalten und auf übergeordnete Nachhaltigkeits-Leitziele hin ausrichten
 - Wohngesundheit, Klimaschutz und ressourceneffiziente Bauprodukte hängen miteinander zusammen und sollten im Rahmen von Beratungsprogrammen gemeinsam kommuniziert werden
- Wohnflächensuffizienz:
 - Fläche, Flächenkonsum, bedarfs- und bedürfnisgerechtes Wohnen (z.B. altersgerechtes Wohnen), Ressourcenverbrauch gemeinsam vorantreiben
 - Existierenden Wohnraum, der nicht genutzt wird, als Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz stärker für Wohnraumgewinnung mobilisieren; entsprechende Kooperationen von Bund-Ländern-Kommunen aufbauen, die die Bereitstellung von Wohnraum im Bestand vereinfachen
 - Im Nationalen Programm für Nachhaltigen Konsum festgeschriebene Maßnahme *„Aufbau eines ressortübergreifenden Lotsenservices mit den möglichen Aufgaben: Ansprechpartner für Wohnprojekte, Öffentlichkeitsarbeit, Vermittler zur Wohnungswirtschaft und zu privaten Haus und Grundstückseigentümern, Netzwerkarbeit, Beratung und Förderbegleitung“* (S. 52) mit Blick auf die Wohnraumgewinnung im Bestand konkretisieren und umsetzen
 - Beratung zu Suffizienz / intensiverer Nutzung von Wohnraum in bestehende Energieberatungsprogramme und / oder Programme der Städtebauförderung integrieren (Mehrwert für Klima, Ressourcenschutz und Teilhabe älterer Menschen)
 - Programm „Altersgerechter Umbau“ integrativer denken und Aspekte der Wohnflächensuffizienz und des Klimaschutzes berücksichtigen
- Default-Einstellungen ändern: Öko-Strom als Standard, konventioneller Strom nur auf Wunsch
- Baumarktaffine Privatsanierer durch kommunikative Maßnahmen in die Lage versetzen, selbst energetische Modernisierungen durchzuführen; Nachhaltig bauen sollte dabei honoriert werden und nicht teuer sein
- Die Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude stärker nutzen und diese im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum verankern

Themenforum 2 „Bewusster Essen“

Empfehlungen der Teilnehmenden zur Förderung nachhaltigen Konsums / zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

- Ernährungsbildung in Schulen stärken und den Ausbau auf Ebene der zuständigen Länder z. B. in der Kultusministerkonferenz und im Rahmen von Bund-Länder-Initiativen vorantreiben. Kein neues Schulfach generieren, sondern innerhalb bestehender Rahmenlehrpläne Thema integrieren
- Internalisierung von Produktionskosten bzw. Folgekosten (z. B. für ernährungsbedingte Krankheiten) vorantreiben
- Mehrwertsteuer auf Fleischprodukte erhöhen
- Fleischreduktion als Bigpoint nachhaltigen Konsums politisch stärker fokussieren
- Konsum von Leitungswasser als effektiven Beitrag für eine nachhaltige Ernährung in öffentlichen Einrichtungen und im Allgemeinen stärken; Rahmenbedingungen wie z. B. restriktive vertragliche Vereinbarungen mit Kantinenbetreibern aktiv anpassen
- Anteil an ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung des Bundes mit Vorbildfunktion noch ambitionierter und verbindlicher erhöhen. Das aktuelle Ziel 20% bis 2025 ist ein Fortschritt, aber mit Blick auf andere Länder (Bsp. Schweden 50%) ausbaufähig; Weitere Förderung systemisch angehen
- Den Anteil der flächenbezogenen Direktzahlungen aus der 1. Säule für ökologischen Landbau auf EU-Ebene deutlich über 20% (aktuelle Reform) erhöhen; Deutschland sollte hier langfristig treibende Kraft sein. Farm to fork Strategie mit Zielvorgabe 25% Ökolandbau-Fläche national als Maßstab nehmen
- Stakeholder mehr beteiligen, z. B. Ernährungsräte unterstützen; zur Umsetzung der Ideen müssen auch Budgets geschaffen werden, die an die GAP anknüpfen und über die zweite Säule finanziert werden könnten
- Fortbildung zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung seitens des Bundes proaktiv vorantreiben und nicht nur in Form abrufbarer Informationen auf Seiten der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung; hier insgesamt das EU-Recht ambitionierter umsetzen
- Mehr Vielfalt: Für nachhaltigere Ernährungssysteme braucht es mehr Vielfalt auf Äckern, Wiesen, Obstanlagen etc. und in den Ställen, aber auch auf der Ebene der Ernährungswirtschaft und im Handel. Für nachhaltige Lösungen ist Vielfalt auch hinsichtlich der Strukturen nötig, um negative Auswirkungen zu vermeiden (Transport, Monokulturen, Lebensmittel mit geringer Nährwert-Qualität etc.).

Themenforum 3 “Zukunftsfähig mobil”

Empfehlungen der Teilnehmenden zur Förderung nachhaltigen Konsums / zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

- Konkrete Ziele und Maßnahmen für den Mobilitätsbereich im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum formulieren und prüfen, inwieweit diese zur Erreichung der Ziele im Klimaschutzprogramm 2030 beitragen.
- Fokus: Rahmenbedingungen so setzen, dass sich Menschen gerne anders fortbewegen und dass es leicht ist, nachhaltig mobil zu sein (anstelle vorwiegend auf individuelle Konsument*innen-Verantwortlichkeit zu setzen)
- Verkehrspolitik an gesellschaftlichen Zielen ausrichten (Klimaschutz, Teilhabe, Verkehrssicherheit) und in Verkehrsplanung und -finanzierung integriert angehen
- Bundesmobilitätsgesetz (anstelle vieler einzelner gesetzlicher Regelungen), das klare Ziele enthält und sichere, nachhaltige Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet
- Integratives Angebot schaffen, das Verkehrsträger digital verknüpft; integrative Stadtplanung, die Verkehrsangebote von vornherein mitdenkt
- Gemeinsame deutsche Plattform für den gesamten ÖPNV für eine benutzerfreundlichere Gestaltung und Förderung des Öffentlichen Verkehrs, insbesondere in ländlichen Regionen.
- Parkraumbewirtschaftung nach Größe und Umweltwirkung von Autos einführen (Ausnahmen für Mobilitäts-eingeschränkte)
- Einführung von Tempo 30 innerorts um Verlagerung in Richtung ÖPNV, Bahn, Rad und Fuß zu fördern, Unfälle zu vermeiden und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren
- Mobilitätsmanagement in Bundesverwaltungen ausbauen, Vorbildfunktion wahrnehmen indem Beschlossenes konsequent umgesetzt wird
- Kostenwahrheit herstellen: externe Kosten internalisieren, so dass ein fairer Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern möglich wird
- Bonus-Malus-System bei der Kfz-Steuer, über das die Inhaber*innen schwerer Fahrzeuge mit hoher negativer Umweltwirkung die leichten Fahrzeuge subventionieren; gewichtsbezogene Straßennutzungsgebühr; ggf. zunächst Erprobung und wissenschaftliche Begleitung solcher Ansätze in Experimentierräumen/Reallaboren
- Energiesteuer: Weg von pauschaler Besteuerung hin zu einer am CO₂-Fußabdruck von Kraftstoffen orientierten Besteuerung
- Teilhabe: Berücksichtigen, dass einkommensschwache Haushalte oft kein Auto haben; -> bessere Anbindung an ÖPNV (insbesondere im ländlichen Raum) und bessere Radinfrastruktur nötig
- Ländliche Mobilität: digitale Infrastruktur so nutzen/ausbauen, dass diejenigen, die von zu Hause arbeiten können, dies auch tun – so dass städtischer Verkehr entlastet wird
- Einbindung von nachhaltigen Mobilitäts-/Logistikkonzepten für Kurier-Express-Paket Dienstleister mit eventuellen „Zentral-Zustellenden“

Themenforum 4 “Kleidung nachhaltiger nutzen”

Empfehlungen der Teilnehmenden zur Förderung nachhaltigen Konsums / zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

- Fokus von Maßnahmen gemäß Impact setzen. Kleinere Modellprojekte reichen nicht aus, die Ziele müssen sein,
 - das Gesamtvolumen produzierter und in Verkehr gebrachter Kleidung zu reduzieren
 - die Qualität und Langlebigkeit von Bekleidung zu erhöhen; nur dann lassen sich Modelle der Kreislaufwirtschaft, des Weiterverkaufs und der längeren Nutzung durch Reparatur wirtschaftlich umsetzen
- Flankierend zu Informations- und Kommunikationskampagnen Einführung „harter“ Instrumente: Mehrwertsteuer für Reparaturdienstleistungen und für 2nd-Hand-Artikel senken.
- Empfehlungen zur Ausgestaltung des Sorgfaltspflichtengesetzes:
 - Stärkere Berücksichtigung von Umweltaspekten
 - Berücksichtigung der Nachnutzungsphase von Bekleidung; denn der Sorgfaltspflichtenansatz geht über die Lieferkette hinaus und bezieht sich auf die gesamte Wertschöpfungskette
 - wirksame Kontroll- und Sanktionsmechanismen
 - Transparenz zur Nutzung von Chemikalien in Bekleidung verbessern, um zu vermeiden, dass giftige/ungesunde Materialien immer weiter recycelt und weiterverwendet werden
 - Kommunikation und Bildung zu nachhaltiger Entwicklung entlang der Wertschöpfungsketten parallel zum Sorgfaltspflichtengesetz vorantreiben und professionalisieren; Berufsbildung für Nachhaltige Entwicklung in textilrelevanten Berufen fördern
- Empfehlungen zur Weiterentwicklung des „Grünen Knopf“:
 - Aspekte der Langlebigkeit integrieren
 - stärkeren Fokus auf Umweltaspekte legen
 - Ausweitung der berücksichtigten Produktionsstufen der Lieferkette (inkl. Rohwarenherstellung)
 - Auf EU-weites Siegel hinarbeiten
- Kommunikation am Point of Sale (online und offline) verbessern, wie Kleidung länger in der Nutzungsphase gehalten werden kann: richtige Pflege von Textilien (waschen, trocknen, Einsatz von Chemikalien, ...)
- großes Problem für Kreislaufwirtschaft sind die Fasermischungen (zunehmend hohe Synthetikanteile) und geringe Qualität von Textilien; Anteil der Textilien am Ende der Kette, die nicht mal für Downcycling (Dämmstoffe, Malervlies, etc.) geeignet sind, nimmt zu
 - > Ökodesign-Ansätze zum Schließen des Kreislaufs fördern
- Systeme der erweiterten Produktverantwortung auf nationaler und europäischer Ebene voranbringen, Produzierende und Inverkehrbringende an den gesellschaftlichen Kosten für Textilien am Ende ihrer Nutzungsdauer beteiligen
- Rahmenbedingungen für Geschäftsmodelle dahingehend verändern, dass der Verkauf von weniger, und dafür qualitativ hochwertigerer Ware sowie Reparatur ökonomisch attraktiver sind als das „Fast Fashion“-Geschäftsmodell, in dem derzeit das Gros der Textilien produziert und verkauft wird; Fehlanreize beheben (derzeit kostet neue Bekleidung z.T. weniger als 2nd-Hand-Kleidung)
- verbindliche, SMARTe Ziele für die textile nachhaltige öffentliche Beschaffung festlegen

Themenforum 5 “Nachhaltiger Konsum für alle und mit allen”

Empfehlungen der Teilnehmenden zur Förderung nachhaltigen Konsums / zur Weiterentwicklung des Nationalen Programms für nachhaltigen Konsum

- Beteiligung
 - Kultursensible Ansprache, relevante Dokumente in mehreren Sprachen abfassen (z.B. Türkisch, Arabisch) – Beispiel: Untertitel des BMU Erklärfilms zur Bürger*innenbeteiligung
 - Bei Beteiligungsprozessen Kinderbetreuung anbieten
 - Bessere Öffentlichkeitsarbeit zu Beteiligungsprozessen der Bundesregierung, Information der Öffentlichkeit darüber, was durchgeführt wurde und wie die Ergebnisse genutzt wurden – z.B. bei Bundespressekonferenzen, politischen Talkshows
 - Skalierung: Kommunikation von Erfahrungen aus lokalen Beteiligungsprozessen an alle Regionen, die in ähnlicher Weise betroffen sind (z.B. Dialoge zu Mooren => Kommunikation an andere Regionen, wo ebenfalls Moore liegen)
 - Ergebnisse besser aufgreifen, nicht in der Schublade liegen lassen, Rückmeldung geben, was damit passiert
 - Neue Formate (wie Kurzzeitexperimente, Ideenschmieden) systematisch evaluieren, Erfolgsfaktoren identifizieren
- Soziale Teilhabe
 - Durch politische Maßnahmen (Subventions-Shift, Verbot nicht-nachhaltiger Geschäftspraktiken) müssen nachhaltige Produkte und Services auf ein Preisniveau gesenkt werden, dass untere Einkommensgruppen sie sich leisten können
 - Auf der anderen Seite: Nicht mit dem Vorwand der Belastungen für Arme auf starke Nachhaltigkeitspolitiken verzichten, sondern starke Nachhaltigkeitspolitiken mit sozialpolitischen Flankierungen kombinieren. Die Lösung ist nicht, Umweltpolitik abzuschwächen, sondern Armut zu bekämpfen.
 - Teilhabedaradar nutzen, um problematische Anreizstrukturen und Infrastrukturen zu identifizieren, statt die Umweltverantwortung zu individualisieren
 - Synergien und Konflikte zwischen sozialer Teilhabe und nachhaltigem Konsum sollten auch für andere Bevölkerungsgruppen und soziale Lagen untersucht werden, insbesondere für Mittelschichten und Reiche, da sie besonders ressourcenintensive Teilhabeformen pflegen
 - Smarte Gestaltung von Entscheidungsumgebungen ist sinnvoller als Appelle
 - Positiv hervorheben, welche nachhaltigen Praktiken Menschen in prekären Lebenssituationen bereits ausüben
 - Nachhaltiger Konsum muss nicht teuer sein, denn nachhaltiger Konsum ist mehr als nur kaufen. Breites Spektrum der nachhaltigen Praktiken berücksichtigen, von Suffizienz über „anders nutzen“, anderes kaufen, bis zu politischem Konsum
 - Die Beiträge stärker an die planetaren Grenzen andocken, an die ja auch die SDG's anknüpfen. Budgetansätze wären auch hilfreich, um das NPNK zu ergänzen